

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Demonstration gegen Holcim-Dotternhausen Plettenberg wird zum „Hohlen Zahn“ der Schwäbischen Alb

Lautstark protestierten 150 Personen aus Dotternhausen, Rottenburg, Tübingen und darüber hinaus vor den Werkstoren des Schweizer Holcim-Konzerns in Dotternhausen gegen die Verseuchung von Mensch und Natur.

Dies ist ein erfreulicher Erfolg des neu gegründeten Aktionsbündnisses Zollernalb-Tübingen-Reutlingen. Mit dabei Aktivisten von „Ende Gelände“, die symbolisch die Zufahrt zur Waage für Silo-Fahrzeuge versperrten, bis sie nach Drohungen der Polizei mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch sich der Kundgebung auf dem Parkplatz anschlossen. Marlene Groß (Ende Gelände) wies darauf hin, dass die Zementindustrie acht Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verursacht, viermal so viel wie ganz Deutschland!

Holcim ist der weltgrößte Zementhersteller, der mit jeder Tonne Zement eine halbe Tonne CO₂ ausstößt, so Michael Schilling (ATTAC Tübingen). Den gesundheitsschädlichen, giftigen Rauch, der Feinstaub mit sich trägt, konnten die Teilnehmer auch am Samstag

deutlich erkennen. Siegfried Gack (ZAK Tübingen) schilderte mithilfe von Dokumenten (Greenpeace Schweiz), wie Holcim weltweit in



Foto: E.Peter

Kinderarbeit, Zusammenarbeit mit Terrororganisationen in Syrien und skrupelloser Ausbeutung der Menschen in Afrika verstrickt ist, wo es noch weniger Schutz für Mensch und Natur als bei uns gibt.

Gesundheitsgefährdung

Seit Jahren kann Holcim mithilfe von ungezählten Ausnahmegenehmigungen des Tübinger Regierungspräsidiums schwer belasteten Müll für seine Zementpro-

duktion benutzen. Wie Holcim bestätigte, wurden 2019 insgesamt 1.378 Tonnen Kohlenmonoxid, 500.000 Tonnen Kohlendioxid, 265.000 Kilo Stickoxid und 707 Kilo Schwefeldioxid freigesetzt! Der Müll aus Dachpappe, Altreifen, Ölen, Klärschlamm und Kunststoffen enthält Schadstoffe wie Cadmium, Quecksilber, Blei und Zink. Doch Holcim hat keinerlei Ansporn zur CO₂-Verreinerung, weil es durch das neue EEG-Gesetz kostenlose CO₂-Zertifikate erhält, wie Norbert Majer (NUZ) kritisierte. Alle Schadstoffe werden durch Höhenwinde mit bis zu 100 Stundenkilometern entlang der Schwäbischen Alb über Balingen,

Tübingen, Reutlingen bis nach Stuttgart verbreitet. Hans-Ulrich Brändle (Health for future) wies darauf hin, dass jährlich rund 63.000 Menschen in Deutschland an Ultrafeinstaub sterben. Ziel des Konzerns ist laut Beate Zöld allein die Gewinnmaximierung auf Kosten der Gesundheit der Menschen, so dass Holcim auch alternative Brennstoffe ebenso ablehnt wie den Austausch seiner 40 Jahre alten Filteranlagen. >>>

Und weiter: **Stuttgart 21 - Starkregen lässt Tiefbahnhof absaufen** Seite 3

Riskanter Digitalisierungswahn für Schulen Seite 4

Erneute Gebührenerhöhung für Kitas Seite 7

Unser Schlachthof, Garant für Tier- und Menschenwohl Seite 8/9



So können sich die hochgiftigen Substanzen auch weiter im Boden anreichern. Sozialminister Lucha will ja ein regionales Krebsregister erst in acht Jahren erstellen lassen.

In der Zwischenzeit kann Holcim seinen Gewinn weiter steigern, 2019 wuchs er um 32 Prozent – vor allem durch das Geschäft mit der Müllverbrennung!

viele nur noch bitter lächeln. Denn die Grünen fehlten mal wieder beim Protest gegen Holcim, geschweige denn, dass sie zur Kundgebung aufgerufen hätten – man will es sich mit den Konzernen ja nicht verderben!

Regierungspräsidium droht

Zahlreiche Bürger aus dem Zollernalb-Kreis hatten beim Regierungspräsidium Tübingen (RP) Widerspruch

Das RP beruft sich auf den § 44 der Verwaltungsgerichtsordnung. **Danach ist ein Widerspruch von Kommunen kostenfrei, aber nicht der von Bürgern!**

Eine Super-Einschüchterung der Bürgerschaft, nachdem das RP jahrelang keinen Finger gekrümmt hat, um den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung durch eine Umweltver-



Foto: E.Peter

Weiterer Flächenfraß

Doch Holcim betreibt auch Flächenfraß: Es beantragt, seine Abbaufäche auf dem Plettenberg um 10 ha zu vergrößern und dadurch den höchsten Berg der Schwäbischen Alb endgültig zu einem hohlen Zahn zu machen.

Dies zerstört seltene Pflanzen und vertreibt geschützte Vogelarten. Deshalb forderten alle Redner am Samstag, dass der Kalksteinabbau auf dem Plettenberg endlich gestoppt werden muss.

Über die hohle Behauptung von Daniel Lede Abal, dass es „Klimaschutz nur mit den Grünen“ gebe, können

gegen die Erweiterung der Abbaufäche von Holcim eingelegt, so auch sechs Bürger auf Hausen am Tann. Jetzt haben sie vom RP zwei Nachrichten erhalten:

Zum einen erklärt es, dass es ihre Widersprüche gegen den Abbau auf dem Plettenberg nicht vor dem 30. Juli bearbeiten wird.

Zum zweiten hat das RP diesen Bürgern mitgeteilt, dass sie wegen des entstandenen Verwaltungsaufwands, der wirtschaftlichen Bedeutung und „Auslagen“ Kosten von 100 bis 5.000 Euro erwarten.

träglichkeitsprüfung des Schadstoffausstoßes von Holcim durchzusetzen. Es ist hohe Zeit, die Bevölkerung über das Versagen der politischen Verantwortlichen aufzuklären, wie Beate Zöld es formulierte. Der nächste Protest sollte vor dem Regierungspräsidium in Tübingen abgehalten werden.

DIE LINKE wird die weiteren Aktionen unterstützen, weil es um den Schutz der Gesundheit von uns und unseren Kindern in der gesamten Region geht! Dafür brauchen wir einen sozialen und ökologischen Umbau unserer Gesellschaft.

Dr. Emanuel Peter

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!

Stuttgart 21 – Starkregen lässt Tiefbahnhof absaufen

Ein Schwabenstreich sondergleichen

Nach einem Gewitter Anfang Juni stand die Schillerstraße beim Stuttgarter Hauptbahnhof unter Wasser – ein Szenario, das S21-Kritiker kommen sahen. Das durch die Bauarbeiten veränderte Kanalsystem scheiterte offenbar schon an der ersten Bewährungsprobe.

Dabei kennt die Stadtgeschichte noch weitaus heftigere Regenfälle. Die Älteren unter uns erinnern sich noch an das schreckliche Unwetter, das im Sommer 1972 über Stuttgart niederging und 6 Tote und 31 Verletzte forderte. Damals führten starke Regenmengen innerhalb kürzester Zeit zu einer Überlastung der Kanalisation, so dass große Teile der Innenstadt unter Wasser standen.

Aber in den letzten Jahrzehnten wurden, nicht zuletzt auch durch den Klimawandel bedingt, solche Unwetter immer intensiver und immer häufiger, und die Zahl sehr heißer Tage erhöhte sich in Stuttgart doppelt so stark wie in anderen Städten. Dies führt zu mehr Feuchtigkeitsaufnahme der Luft und zu stärkeren Niederschlägen. Hinzu kommt noch die Trichterwirkung des Talkessels, die Wasser- und Hagelmassen spülen die Hänge hinunter und konzentrieren sich in der Innenstadt. Und der engste Abfluss dieses Trichters ist der Bereich des mittleren Schlossgartens, in dem der neue Tiefbahnhof liegt.

Einer der bislang kaum beachteten Mängel des Projekts Stuttgart 21 sind dessen nachteilige Auswirkungen auf das Abwassernetz der Stuttgarter Innenstadt und die daraus folgende Erhöhung des Überflutungsrisikos. Genau darüber spricht Hans Heydemann von den „Ingenieuren22“ in seinem Vortrag anlässlich einer Montagsdemo, von dem wir nachfolgend einige Ausschnitte wiedergeben.

Werden die Wassermassen bei einem schweren, länger anhaltenden Starkregen zu groß, können der durch den Schlossgarten führende Nesenbachkanal und die anderen Abwasser-Sammler diese Mengen nicht mehr abführen; das Wasser staut sich auf, tritt aus den Straßengullys aus und überflutet die Innenstadt. Folglich wird das Wasser bis zum Schlossplatz zurück stauen und einen großen zwei Meter tiefen Stausee bilden, wobei die Klettpassage samt S- und Stadtbahn-

tunnel volllaufen wird und danach wochenlang gesperrt bleiben muss, bis alle Überflutungsschäden beseitigt sind. Und über den S-Bahntunnel kann auch die S21-Tiefbahnsteighalle absaufen, selbst dann, wenn der Wasserstand den nur wenige Zentimeter über der Abflussrinne liegenden Hauptzugang nicht erreichen sollte. Dann wäre auch der Bahnbetrieb von und nach Stuttgart für längere Zeit eingestellt.

Damit der S21-Tiefbahnhof überhaupt gebaut werden kann, müssen die vier bisherigen Abwasserkanäle der Innenstadt jeweils in einem Düker, einer Art



Siphon, sehr aufwendig unter ihm hindurchgeführt werden. Damit kann das Regenwasser aus einem Großteil des Talkessels in 22 Meter Tiefe unter dem Bahnhofstrog hindurch geleitet werden.

Bei dem erwähnten Juni-Unwetter kam es zu zeitweiligen Überflutungen von Straßen. Das Wasser stand zeitweise bis zu 30 Zentimeter hoch und konnte demnach unter anderem aufgrund verstopfter Gullys nicht schnell genug ablaufen. Dabei war die Niederschlagsmenge des Starkregens mit 10 l/m² noch relativ gering. Bei manchen Unwettern treten weitaus höhere Niederschlagsmengen mit bis zu 50 l/m² oder mehr auf mit den entsprechenden katastrophalen Folgen.

Wenn nun die Stuttgarter Zeitung behauptet, dass verstopfte Gullys die Ursache für die Überflutung seien, ist das geradezu lachhaft und soll nur von der wirklichen Ursache ablenken, nämlich der verringerten Abflussleistung der S21-Düker.

Gegenüber den gerade durchlaufenden Kanälen haben Düker größere Längen sowie mehrfache Umlenkungen und Querschnittsänderungen, was den Durchfluss-Widerstand beträchtlich vergrößert und damit die Abflussleistung der Kanäle verringert. Bei größeren Abflussmengen staut sich das Wasser im vorgelagerten Kanalnetz zurück,

das dann kein weiteres Wasser mehr aufnehmen und abführen kann. Dadurch kommt es schon bei einem noch vergleichsweise mäßigen Starkregen zu Überflutungen.

Die Nesenbach-Düker, die erst im vergangenen Oktober in Betrieb gingen, wurden für eine Abflussleistung von 100 m³/s geplant und gebaut, mit einer geplanten Rückstauhöhe von 0,65 m. Der früher gerade durchlaufende Nesenbachkanal konnte 120 m³/s abführen – ohne Rückstau!

Was für ein Schwabenstreich sondergleichen, welche ungeheure Dummheit der S21-Macher, sich mit dem Bau von Stuttgart 21 über diese örtlichen Gegebenheiten kurzerhand hinwegzusetzen und den natürlichen Abflussweg zu verbauen! Und wie verantwortungslos, der Allgemeinheit solche Risiken aufzubürden mit der Begründung, so etwas käme doch allenfalls nur bei einem Jahrtausend-Hochwasser vor! Das aber kann schon nächstes Jahr anstehen und wird keine tausend Jahre auf sich warten lassen!

Hinzu kommen betriebliche Nachteile: Die Düker müssen regelmäßig entleert und gereinigt werden, wodurch im Betrieb erhebliche Wartungs- und Instandhaltungskosten von rund 500.000 Euro jährlich entstehen. Das Tiefbauamt hatte hierzu lediglich erwidert, dass diese Kosten mit denen anderer Sonderbauwerke vergleichbar seien – welche Verschleierung! Die Stadt Stuttgart hatte bislang keine derartigen Düker in dieser Größe.

Wirksamer Hochwasserschutz sieht anders aus. Doch anstatt diesen zu verbessern, wird er hier durch S21 verschlechtert. Aus abwassertechnischer Sicht hätte das Tiefbauamt diesen S21-Düker niemals zustimmen dürfen, damit wäre S21 nicht machbar gewesen!

Deshalb auch weiterhin

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Riskanter Digitalisierungswahn für Schulen

Bildungsplattform vorerst gescheitert

Kürzlich beschloss der Gemeinderat mehrheitlich die Digitalisierung für die weiterführenden Schulen in Rottenburg – nach ausführlicher Kritik daran und dem Antrag der Linken, den Beschluss bis zur Klärung pädagogischer, datenschutzrechtlicher und finanzieller Fragen momentan auszusetzen.

Verständlich der Wunsch vieler Lernender und Schulleitungen, endlich eine ausreichende Anzahl von Laptops, Beamern und internetfähigen Druckern zur Verfügung zu haben. Denn seit den 90er Jahren ist die Digitalausstattung an den Schulen eine Misserfolgsge-schichte ohnegleichen der CDU- Kul-tusministerien.

Dazu gehört vor allem das Millionen-grab für einen Landes-Bildungsserver, der für den Austausch aller Programme und Informationen notwendig wäre. Eisenmanns gescheiterte ELLA-Plattform waren 6,5 Mio. Euro durch den Schornstein, jetzt erleidet der Ein-satz von MS 365 des Internet-Konzern Microsoft wegen Verletzung des Da-tenschutzes dasselbe Schicksal.

Stefan Brink, Datenschutzbeauftragter des Landes, reagiert auf die weit ver-breitete Meinung (auch in Rottenburgs Gemeinderat!), dass SchülerInnen in ihrer Freizeit Tiktok, Instagram, Whatsapp usw. nutzen: **„Was Bürger, auch Schüler, in ihrer Freizeit ma-chen, steht ihnen frei. Aber Schulen dürfen nicht Rechte von Schülern**

verletzen. Aber wir sind zum Ergeb-nis gekommen, dass das, was das Ministerium vorhatte, rechtswidrig und damit gescheitert ist.“

Hohe Kosten

Doch für Rottenburgs große Koalition aus CDU, SPD und Grünen ist die Di-gitalisierung ein Prestigeprojekt, das auf keinen Fall scheitern darf, gilt es doch auch, Gelder „abzugreifen“, so Angelika Thomma (Amt für Bildung, Kultur und Sport). Die Bundesregie-rung hat im „Digitalpakt“ aus unseren Steuergeldern 6,5 Milliarden Euro be-willigt, die Landesregierung hat Rot-tenburg 1,429 Mio. Euro genehmigt, von denen rund 220.000 Euro nicht verplant sind.

Die Eigenmittel der Stadt betragen nicht nur 20 Prozent der Investitionen, sondern auf jeden Fall alle fünf Jahre eine vollständige Erneuerung aller Ge-räte (geschätzte 760.000 Euro!) plus jährliche Kosten für Wartung und Sup-port von gut 200.000 Euro.

Sollte Rottenburg nicht weitere Kos-ten aus dem Digitalpakt erhalten, steigen die Kosten allein für die Jah-re 2022-2024 auf 2,13 Millionen Eu-ro.

Das ist ein Blankoscheck für die Digi-talkonzerne und ein Harakiri für den städtischen Haushalt angesichts der notwendigen Investitionen in den Schulcampus Kreuzerfeld, in die VHS, in Sporthallen und in den EBG-

Neubau. Dabei gibt es bis heute keine Auswertung des Nutzens für den Lern-erfolg von SchülerInnen durch den Einsatz digitaler Medien!

Neue Bildungsplattform gefordert

Insbesondere für die ehemalige Bil-dungspartei Grüne sind Geräte wichti-ger als ausreichende Ausbildungsplätze für Grundschullehrkräfte und neue Stellen an den Schulen! Deshalb haben sie im Koalitionsvertrag alle Verände-rung im Schulbereich unter einen „Finanzierungsvorbehalt“ gestellt und arbeiten jetzt offiziell mit Denkverbo-ten: **„Es besteht Einigkeit (gemeint: zwischen Grünen und CDU!) dass keine grundlegenden Strukturdebat-ten geführt werden.“**

Aber gegen dieses finanzielle und da-tenschutzrechtliche Abenteuerium hat sich aktuell ein breites Bündnis aus 23 Organisationen - sämtliche Lehrerver-bände einschließlich Realschul- und Philologenverband – gegründet, dass eine eigenständige landeseigene Schul-IT-Infrastruktur fordert statt US-Internetkonzernen die Daten von Lehr-kräften und Lernenden auszuliefern.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Grüne Konzerngeschenke

Da kommen die grünen Spitzenpolitiker Palmer und Kretschmann ins Schwärmen: Cellforce (83,75 Prozent gehören Porsche) will auf zwei Hektar in Bühl-Bonlanden (Industrie-Ausnahmegenehmigung) Hochleistungsbatterien für Rennwagen in Tü-bingen produzieren lassen, später auch für Sportwagen. Erst mit 13 Beschäftigten, später sogar mit 80 Personen, wow! Kre-tschmann verspricht viele neue grüne Arbeitsplätze, Palmer erzählt Märchen von steigenden Gewerbesteuern, da rechne er sich für die Stadt einiges aus.

Der finanziell notleidende Porsche-Konzern erhält dafür vom Bund 40 Mio., vom Land 20 Mio. Euro unserer Steuergelder geschenkt. Palmers Problem: Die Gewerbesteuer bemisst sich aus der Lohnsumme von 13 Tübinger Beschäftigten im Ver-hältnis zur Lohnsumme von 35.429 Porsche-Beschäftigten. 60 Mio. Euro Subventionen für das Batterie-Werk übersteigen die rund 53 Mio. Gewerbesteuern (2018) von allen Tübinger Betrieben zusammen - de facto zahlt Porsche jahrelang keinen Cent Gewerbesteuer mehr. Sollten Bundes- und Landesregierung das Geld der Stadt nicht besser direkt für mehr Personal in Kitas, Kliniken und Pflegeheimen geben? Diese grün-schwarze Lobby-Politik spottet jeder Beschreibung!

Dr. Emanuel Peter

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Corona: Hunger in Süditalien

Schon Jahrzehnte verbringen wir unseren Urlaub im herrlichen Süden von Italien. Eine Gegend ohne Industrie mit blauer Küste. Die Menschen versuchen, eine Arbeit in den Hotels als Saisonkräfte zu bekommen. Das sind Beschäftigungen von Ende Mai bis Ende September, allerdings arbeiten sie dann 7 Tage die Woche zu je 8 Stunden, ohne einen freien Tag. Diese Art Geld zu verdienen, ist begehrt und keiner vermag Forderungen zu stellen, denn sonst ist der Job weg und eine andere Person steht schon auf der Warteliste.

In diesen Monaten verdienen die Saisonkräfte Geld, um für den Rest des Jahres etwas Reserve zum Leben zu haben. Im ersten Lockdown kamen nur noch wenige Italiener, keine Deutschen und Engländer, um ihren Urlaub zu verbringen. Schon da war die Versorgungslage schwierig, weil es nur wenig Jobs in den Hotels gab. Die Schulen waren geschlossen und die Kinder mussten zu Hause bleiben. Im ganzen Land herrschte große Angst, als sie die traurigen Bilder rund um Bergamo im Fernsehen sahen. Jeden Tag gab es neue Covid Infizierte auch in den einsamen Bergdörfern. Jeder war froh, einigermaßen durch den ersten Lockdown zu kommen.

Das änderte sich beim zweiten Lockdown dramatisch. Ohne Arbeit kaum Geld in der Tasche, war der tägliche Kampf satt zu werden schwierig. Es wurde beim Essen gespart, Nudeln mit Bohnen waren am billigsten, um den Hunger zu stillen. Die eigenen Tomaten konnten nicht mal als Sugo

(passierte Tomaten) eingekocht werden, man hatte kein Geld, um das Gas zu bezahlen. Die Folge ist, dass viele Kinder und Erwachsene zu dick geworden sind. Fastfood ist bis spät in die Nacht an jeder Ecke der Stadt zu bekommen. Eine Ernährung, die anscheinend billig ist und schnell satt macht. Leider mit sehr viel Fett, Salz und Zucker, die wiederum genauso schnell wieder hungrig werden lässt.

Das gute italienische Essen, aus Fisch, herrlich frischem Gemüse und ausgereiften Obst ist für meisten Italiener nicht mehr zu bezahlen. Das ist eine sehr traurige Entwicklung im Land. Daher leiden immer mehr Menschen an Diabetes, auch viele Kinder sind aufgrund des Übergewichts davon betroffen. Obwohl es im Süden von Italien wenig Industrie und Luftverschmutzung gibt, nehmen die Tumor- und Krebserkrankungen in jeglicher Form dramatisch zu. Das sind die Auswirkungen von schlechter Ernährung, wenig Bewegung. Jugendliche, die Abend für Abend mit dem Handy unterwegs sind und so ihre Zeit verbringen. Die Kleinsten bekommen schon ein Handy mit bunten Bildern und Musik vorgelegt, damit die Eltern in Ruhe essen können.

Eine Entwicklung die mich nachdenklich und traurig macht.



Irmgard Kussauer
Ergenzingen

DIE LINKE setzt sich seit Jahren

"Statt Altersarmut: Renten rauf!"

Veranstaltung mit Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Moderation: Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete Wahlkreis Tübingen

- gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden
- für höhere Renten und eine Erneuerung des Rentensystems ein.

Derzeit sind fast 20% der RentnerInnen von Altersarmut betroffen. Jeder vierte auf eine Erwerbsminderungsrente

angewiesene Mensch muss in Armut leben, nur weil sie oder er dauerhaft zu krank zum Arbeiten ist. Dies ist in einem reichen Land inakzeptabel.

Wie es anders geht und was Die Linke will, darüber spricht der

Rentenexperte der Bundestagsfraktion Matthias W. Birkwald **im Tübinger Bürgerheim am 5. August 2021.**

Rentenpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Matthias W. Birkwald:
"Statt Altersarmut -
Renten rauf!"

Veranstaltung mit Matthias W. Birkwald (MdB) und Heike Hänsel (MdB), Ihre Kandidatin im Wahlkreis Tübingen.

Öffentliche Veranstaltung - Eintritt frei!

Do, 05.08.21 • 18 Uhr
Bürgerheim, Schmiedtorstr. 2 - Tübingen

Jetzt!
DIE LINKE.

Adipositas: Corona-Folgen für Kinder

Eine französische Studie von Ärzten und Forscher hat die Folgen der Pandemie und des Lockdown in Zahlen erfasst. Durch den Bewegungsmangel haben viele Kinder zugenommen, gleichzeitig nahmen ihre kognitiven Fähigkeiten ab. Die Kinder haben im Durchschnitt ein bis zwei Kilo zugenommen, die psychischen Fähigkeiten der 90 getesteten Kinder zwischen 7-10 Jahren haben stark gelitten. Das gleiche gilt auch für ihre geistige Entwicklung.

2019 konnten die Kinder problemlos den Zahlen Buchstaben zuordnen. 2020 konnten das viele nicht mehr. Die kognitiven Fähigkeiten nahmen um 40 Prozent ab. In der Zeit zwischen dem siebten und zehnten Lebensjahr entwickelt sich das Gehirn normal schnell. Körperliche Fähigkeiten helfen dem Gehirn bei der Entwicklung. Das ist ein klarer Beweis, dass die meisten Kinder zu viel Zeit am Bildschirm verbracht haben. Die Hälfte von ihnen war nicht in der Lage, zehn Meter zu rennen, schon nach fünf Metern waren sie schon außer Atem. Die Kinder sind nach dem Lockdown apathischer geworden und haben weniger Energie. Wahrscheinlich leiden die Kinder auch unter dem Stress der Eltern.

Wenn sich das nicht in absehbarer Zeit bessert, laufen sie schon sehr viel früher Gefahr, chronische Erkrankungen wie Alters-Diabetes und Krebs zu bekommen. Es muss alles getan werden, damit die Kinder wieder mehr Sport treiben, damit diese Defizite aufgearbeitet werden. Schon 2020 wurden in einer Versuchsklasse Hometrainer in das Klassenzimmer aufgestellt, um so mehr Bewegung für die Kinder zu ermöglichen. Schulsport muss viel mehr für die Kinder angeboten werden. Es muss alles getan werden, dass sich unsere Kinder mehr bewegen und nicht so viel Zeit an Bildschirmen verbringen.

DIE LINKE ist gespannt darauf, welchen Antrag die Stadt bei der Landesregierung gestellt hat, um Fördergelder zur lokalen Prävention von Kinderarmut zu bekommen, und was die Stadt aus eigener Initiative darüber hinaus unternimmt.



Irmgard Kussauer

Ergenzingen

Edeka Südwest muss soziale Verantwortung übernehmen.

Wir stehen an der Seite der Beschäftigten der K&U Bäckerei!

(Die Linke, 9. Juli 2021)

Der Eigentümer Edeka Südwest verkauft ohne Not das Filialnetz der K&U Bäckerei. Über 3000 Beschäftigte sind betroffen. Diese Zerschlagung ist unverantwortlich, denn Edeka Südwest zählt zu den Gewinnern der Corona-Pandemie und erzielt satte Gewinne. Die Beschäftigten haben in der Krise Herausragendes geleistet - trotz erhöhtem Ansteckungsrisiko haben sie die Grundversorgung der Bevölkerung aufrechterhalten.

Statt einer verdienten Lohnerhöhung, sollen die Filialen von K&U an die Inhaber der Einzelfilialen von Edeka Südwest verkauft werden. Dort drohen den Beschäftigten Lohnverluste, längere Arbeitszeiten und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Für sie gelten dann die jetzigen Tarifverträge nicht mehr und ihre Betriebsräte sind nicht mehr für sie zuständig. Für die vielen langjährig Beschäftigten, darunter vor allem Frauen in Teilzeit, ist das eine Drohkulisse und stellt ihre Zukunftsperspektive in Frage.

Wir, Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien, stehen an der Seite der Beschäftigten der K&U Bäckerei und fordern Edeka Südwest auf, soziale Verantwortung zu übernehmen:

Das Mindeste in dieser Situation ist, dass Edeka Südwest garantiert, dass Filialen, die nicht verkauft werden können, weiter betrieben werden, um den Beschäftigten die Arbeitsplätze und den Kunden das Angebot zu erhalten.

Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaft NGG, dass die tariflichen Bedingungen für verkaufte Filialen länger fortbestehen als das übliche eine Jahr, um für die Beschäftigten die Löhne, die Arbeitszeit, das Urlaubsgeld, die Zuschläge und die Fünftagewoche auch in Zukunft zu sichern und dem Drohszenario einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen ein Ende zu setzen.

Wir fordern Edeka Südwest auf, mit der NGG zurück an den Verhandlungstisch zu gehen und sozialpartnerschaftliche Lösungen zu finden. Auch bei den politischen Rahmenbedingungen sehen wir Handlungsbedarf: Eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen würde eine Tarifbindung auch für die K&U-Filialen garantieren.

Zu den UnterzeichnerInnen gehören (nicht vollständig):

Heike Hänsel MdB · DIE LINKE | Beate Müller-Gemmeke MdB · Bündnis 90/Die Grünen | Dr. Martin Rosemann MdB · SPD | Jessica Tatti MdB · DIE LINKE | Dr. Boris Weirauch MdL · SPD | Gökay Akbulut MdB · DIE LINKE | Dr. Christian Bäumler · 1. Stellv. Bundesvorsitzender CDA | Dr. Matthias Bartke MdB · SPD | Sascha Binder MdL · SPD | Matthias W. Birkwald MdB · DIE LINKE | Michel Brandt MdB · DIE LINKE | Dr. Franziska Brantner MdB · Bündnis 90/Die Grünen | Agnieszka Brugger MdB · Bündnis 90/Die Grünen | Klaus Ernst MdB · DIE LINKE | Susanne Ferschl MdB · DIE LINKE | Dr. Stefan Fust-Blei MdL · SPD | Dr. Gregor Gysi MdB · DIE LINKE | Martina Häusler MdL · Bündnis 90/Die Grünen | Felix Herkens MdL · Bündnis 90/Die Grünen | Thomas Hitschler MdB · SPD | Oliver Hildenbrand MdL · Bündnis 90/Die Grünen | Cindy Holmberg MdL · Bündnis 90/Die Grünen |

Erneute Gebührenerhöhung für Kitas

Grüne und SPD stimmen wieder dafür

Irma Blank vom Gesamtelternbeirat (GEB) der Kindergärten in Rottenburg äußerte in der Sozialausschusssitzung noch einmal den Ärger vieler Eltern über die Gebührenerhöhung, die Mehrfachbelastung durch viele Schließtage, das eingeschränkte Betreuungs- und Bildungsangebot, die Unterschreitung des Mindestpersonalschlüssels.

Durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit könnten immer weniger Eltern die Kita-Gebühren tragen, die in den letzten sechs Jahren zum rund 24 Prozent gestiegen seien, so der GEB in seinem Brief an die Fraktionen. Außerdem sei der Landesrichtsatz, auf den sich die Stadt immer beziehe, nichts als eine Empfehlung.

Landesrichtsatz

Vehement verteidigten OB Neher und Müller-Sinn (Kindertagesbetreuung) den Landesrichtsatz. Mit ihm verständigten sich Kirchenvertreter und Kommunalverbände 2009 auf das Ziel, dass Eltern 20 Prozent aller Betriebskosten tragen sollen.

Außerdem legen sie für jedes Jahr eine Erhöhung fest. Auch wenn eine Kommune dieser Empfehlung nicht folgt, muss sie diese Erhöhung an die kirchlichen Träger zahlen. Das 20-Prozent-Ziel hat Rottenburg genauso wie viele andere Städte aufgrund des breiten Elternprotestes seit Jahren nicht erreicht, zwischen 2017 und 2019 waren es jeweils knapp 16 Prozent. Auch die geplanten Mehreinnahmen von 14.900 Euro im nächsten Jahr sind in vieler Hinsicht für den Finanzhaushalt lächerlich und haben eher eine symbolische Bedeutung:

Sie sollen von der Forderung nach vollständiger Gebührenfreiheit ablenken, wie sie das breite Bündnis für Gebührenfreiheit in Kitas mit 21 Organisationen (u.a. DGB, Wohlfahrtsverbände, SPD, Linke) fordert. Längst existiert sie in elf Bundesländern, in allen anderen Bundesländern wird sie durch das „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundes ermöglicht.

Armut nimmt zu

Denn die soziale Lage vieler Familien und deren Kinder wird immer schwieriger: Sozialminister Lucha hat darauf hingewiesen, dass die Kinderarmut auch in Baden-Württemberg schon vor Corona um 50 Prozent auf jetzt 19 Prozent zugenommen hat. Während des Lockdowns wurde Hartz-IV-Kindern einmalig für 15 Monate 100 Euro bewilligt. Ihre Eltern mussten durch zu geringes Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosigkeit auch an Lebensmitteln sparen, die Familien standen

Soziale Kommune. Solidarisches Europa.



und stehen mit ihrer Mehrfachbelastung (Homeoffice, Kinderbetreuung usw.) am Limit. 43 Prozent der Alleinerziehenden sind laut Bertelsmann besonders armutsgefährdet. Viele haben durch Corona ihre finanziellen und körperlichen Reserven längst aufgebraucht und benötigen dringend eine Ermutigung statt einer erhöhten Belastung. **Doch für die Stadtverwaltung gilt nur „Weiter so“ wie vor der Krise, als hätte Corona nichts verändert.** Wenn man jetzt nicht erhöhe, müsse man in den nächsten Jahren umso mehr erhöhen, so OB Neher – und da fürchten einige einen stärkeren Elternprotest.

Reaktionen der Fraktionen

Gaby Mauthe (FAIR) schloss sich dem Protest der Elternvertreter an, Jo Herbst (Grüne) kann den Unmut der Eltern verstehen und fordert eine gesamtgesellschaftliche Diskussion (die es seit Jahren längst gibt!).

Interessant war die Argumentation von Jörg Bischof (Grüne), der die Erhöhung vehement verteidigte, weil man sonst den „Handlungsspielraum“ der Stadt einschränke! Außerdem könne man sich das breite Angebot verschiedener Schularten finanziell nicht mehr leisten, das müsse man wie in Schleswig-Holstein auf zwei Arten beschränken. Dabei vergaß Bischof ganz, dass seine grüne Landesregierung für 192 Schülerinnen in ein Elitegymnasium (in Bad Saulgau) 80 Mio. Euro investiert, geleitet von Professoren und mit Praktika in Entwicklungsabteilungen der Industrie und Projekten mit Künstlicher Intelligenz (Cyber Valley in Tübingen).

DIE LINKE bleibt dabei: Spätestens seit dem Orientierungsplan von 2011 sind die Kitas auch offiziell Bildungseinrichtungen: Bildung darf nicht von sozialer oder kultureller Herkunft abhängen, sondern muss von Kindesbeinen an gebührenfrei sein und allen Kindern gleiche Entwicklungschancen bieten. Dr. Peter stellte deshalb den Antrag, die Landesregierung aufzufordern, einen Stufenplan für eine landesweite Gebührenfreiheit vorzulegen.

Auch wenn OB Neher versuchte, diesen Antrag als bloßen und wirkungslosen Appell lächerlich zu machen, bekam der Antrag eine Mehrheit und wird den Kommunalverbänden und der Landesregierung vorgelegt!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Unser Schlachthof – Garant für Tier-und Menschenwohl

Kann man als Vegetarier oder Veganer für den Erhalt des Schlachthofs sein?

Nach der öffentlichen Präsentation der Verwaltung zum Rottenburger Schlachthof nimmt die Diskussion darüber wieder Fahrt auf. Dies zeigt auch eine Petition GEGEN den Erhalt des Rottenburger Schlachthofs. Sie wurde bis Ende Juni bundesweit etwa 1000 mal angeklickt. Autor*innen der Petition waren die Mitglieder des örtlichen Ablegers von Animal Save, einer veganen Tierschutzvereinigung, die prinzipiell gegen die Tierhaltung und die Nutzung von Tierprodukten ist.

Für die Mitglieder der Initiative und alle Bürger*innen, die sich für den Erhalt des Schlachthofs Rottenburg einsetzen ist diese Petition doppelt ärgerlich.

Zum einen wurden Argumente in falschen Zusammenhängen gebracht. Falschbehauptungen verdrehten die Tatsachen noch mehr und mit gezielter, die Emotionen ansprechender Wortwahl wurde eine unsachliche Stimmungsmanipulation betrieben. Nach unserem Eindruck war wahrscheinlich sogar das Tonmaterial des dazu gehörenden späteren Videos gefälscht.

Als Zweites hatten wir als Initiative den Mitgliedern von Animal Save angeboten, sie im Falle der Einrichtung eines Dokumentationszentrums am Schlachthof mit ihren Anliegen zu berücksichtigen. Wir wollten eine vertrauensvolle Kooperation zur Verbesserung des Tierwohls eingehen.

Statt dessen hat Animal Save ohne Rücksicht auf den Wahrheitsgehalt bezüglich des Rottenburger Schlachthofs lieber entschieden, ihrer vermeintlich idealistischen Perspektive die einzige Priorität zu geben. Schade, so werden fruchtbare Diskussionen verhindert.

Wer – von den leider unlauteren Argumenten bewegt – vorschnell bundesweit diese Petition gegen den Rottenburger Schlachthof anklickt, fördert genau das, was er nicht will. Jeder kleine Schlachthof ohne Finanz- und Lobbykraft, der verschwindet, fördert die Agrargroßindustrie, die sich nicht von Petitionen beeindruckt lässt, mit all ihren unerwünschten Folgen:

- Monokulturen, Artensterben und eintönige Landschaften durch die Monokulturen mit zwangsläufiger Pestizid- und Herbizidausbringung,
- Zerstörung der Natur und kultureller Strukturen in anderen Ländern für den Export von Soja etc. für Großmastbetriebe bei uns,
- Zerstörung der materiellen Grundlagen für kleinere bäuerliche Betriebe, Nebenerwerbslandwirte und Privathalter durch Preisdumping und Marktverdrängung,
- „ertragsoptimierte“ Massentierhaltung, Tierqual durch endlose Transportwege, fabrikmäßig getaktete Schlachtvorgänge unter artwidrigen Umständen,
- Grundwasserverseuchung, Klimabelastung,

- unmenschliche Arbeitsbedingungen der Niedriglohnarbeitskräfte,
- Gefährdung unserer Gesundheit durch Einsatz von Reserveantibiotika, Mastmittel etc.,
- die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch die subventionierten Reste-Exporte der Großschlachthöfe und Discounter für Millionen Menschen in der Dritten Welt, die aus der Not heraus in die Migration getrieben werden.

Nur mit einem lokalen Schlachthof in Rottenburg ist es unseren Landwirten möglich, ohne diese Belastungen auszukommen.

Unsere Bauern und Metzger können aus der Alltagspraxis stundenlang erzählen, was die Schließung des Schlachthofs Gärtringen und die kommende Schließung in Balingen für Mensch und Tier bedeuten, wenn sie heute nach Göppingen, Brühl oder ins Allgäu fahren müssen. Ulm nimmt Tiere nur noch zu Welt-Marktpreisen ab, von denen normale Bauern nicht mehr leben können.

Dazu sichert ein solcher Großschlachthof nicht mehr zu, dass die Metzger die Tiere bekommen, die sie angeliefert haben. Wir Verbraucher können dann ebenso wie die Metzger nur schwer nachvollziehen, wo und wie die Tiere gehalten wurden.

>>>

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Unser Schlachthof – Garant für Tier-und Menschenwohl

Wer eine verantwortlichen Tierhaltung will, wie sie im Wochenendmagazin des Schwäbischen Tagblatts (26.06.2021) oder in der SZ vom Wochenende beschrieben wurde, setzt sich ein für unseren Schlachthof:

Wir wollen den Rottenburger Schlachthof erhalten

- für eine individuelle Tierhaltung in kleineren Einheiten,
- für den Schutz des Tierwohls, der gestärkt wird durch kurze Fahrwege, ausreichend Zeit beim Entladen und das neue Schlachtkonzept unserer Landwirte und Metzger, mit dem seelenlose Routinen vermieden werden.
- für den Erhalt bäuerlicher Familienbetriebe, die nur von unseren Metzgern und uns Direktkunden faire Preise bekommen,
- für unsere schöne Landschaft mit ihrer Artenvielfalt an Insekten und Tieren, die geprägt ist von vielfältigen kleinteiligen Feldern und der Weidewirtschaft, die unseren Schlachthof zum Überleben braucht,
- für eine lokale Wertschöpfung in allen Stufen mit hoher Qualität,
- für menschenwürdige Arbeitsbedingungen,
- für eine langsame freiwillige Reduktion des Fleischverzehr durch Qualitätsbewusstsein und ein wachsendes Verständnis für die komplexen Zusammenhänge von Tierhaltung und Umweltschutz,
- für eine Fair Trade Stadt Rottenburg, die nicht beiträgt zur Not in fernen Ländern, indem von uns

aus konkurrenzlos billige Schlachtreste dorthin exportiert werden. Wer keine Toten auf den Fluchtrouten will, darf nicht Menschen anderswo in Not bringen.

Das Ziel unserer Initiative ist es, die Lebensqualität von Tieren und Menschen zu verbessern und dabei schonend und verantwortlich mit der Natur und Umwelt umzugehen.

Weitere Informationen auf der Homepage der Initiative für den Erhalt des Rottenburger Schlachthofs unter „fair-und-regional.com“, die übrigens von mehr als 5.000 Menschen aus Rottenburg und Umgebung unterstützt wurde.

(Gastbeitrag von Dr. Klaus G. Weber)

Mali – das nächste Afghanistan?



20 Jahre hat die Bundeswehr als Teil der US-geführten Truppen Krieg in Afghanistan geführt, angeblich zur Verteidigung unserer Freiheit am Hindukush, zur Frauenbefreiung usw. Der nächste hochgefährliche Einsatzort mit 1.100 Soldaten ist Mali. Was bringen diese Kriegseinsätze in aller Welt? Welche friedenspolitischen Alternativen müssen wir entwickeln? Wofür tritt DIE LINKE ein?

Dazu hat die Rottenburger Linke **Heike Hänsel**, Bundestagskandidatin im Wahlkreis Tübingen und stellvertretende Parteivorsitzende eingeladen:

am 2. September um 18.30 ins AWO-Heim (Ehinger Platz 7).

Bittet beachtet die aktuellen Corona-Auflagen.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Präsenzunterricht für alle ab Herbst ermöglichen Sind Luftfilter in Kitas und Schulen sinnvoll?

Unsere Kinder haben eine anstrengende Corona-Zeit hinter sich: Viele jüngere Kinder wie die Viertklässler haben fast die Hälfte ihrer ganzen Schulzeit im Lockdown verbracht, allein, ohne gewohnte soziale Kontakte zu Freundinnen und Freunden, ohne Spielplätze, häufig ohne warmes Mittagessen wegen geschlossener Schulmensen.

Das kann zu schweren Schäden für die Gesundheit, geistige und soziale Entwicklung weit über Corona hinaus führen. Wie Jugendvertreter Levi Waldheim-Ochoa im Sozialausschuss betonte, benötigen auch die Abschlussklassen in allen Schulen dringend Präsenzunterricht für die Prüfungsvorbereitungen.

Deshalb hat DIE LINKE den Antrag der Grünen unterstützt, in zwei Kitas und zwei Grundschulen ab September Corona-PCR-Pooltests zu ermöglichen. Dadurch könnten Infektionen schneller entdeckt und ihre Ausbreitung verhindert werden. Der Stadtverwaltung, die umfangreiche Informationen auch in Freiburg einholte, ist der Aufwand wegen der Abholung der Tests, Auswertung in Labors und wissenschaftlicher Auswertung jedoch zu umständlich und zu teuer.

Für DIE LINKE ist dies zu wenig, Dr. Peter forderte, den Einsatz von Luftfilteranlagen besonders in Grundschulen zu prüfen. Gleich blockierte OB Neher ab: Jeden Tag würden neue Analysen erstellt und Luftfilter wären zu teuer, Herr Gärtner hätte pro Filter 4.000 Euro berechnet, alles darunter wäre minderwertig! Außerdem wären im Herbst fast alle geimpft und dadurch würden weitere Schutzmaßnahmen überflüssig. Eine weltfremde Annahme angesichts der Diskussion über immer neue Veränderungen des Virus und über eine dritte Impfung!

Mainzer Luftfilter

Neher wehrt alles ab, was Geld kostet, Ausnahme ist, wenn es sich um Holzflöße für 100.000 Euro auf dem Neckar handelt, auf denen einige einen Abend verbringen können. Ansonsten blockt Neher, häufig ohne zu wissen, worum es überhaupt geht. Denn in Mainz hat die Stadt in 450 Klassenzimmern Luftfilteranlagen eingebaut, die vom Max-Planck-Institut (Chemie) zusammen mit zwei Eltern mit großem Erfolg entwickelt wurden. Pro Anlage kosten sie etwa 400 Euro plus Montage, sie sind schnell einsetzbar und hocheffektiv, weil sie die Aerosole aus der Luft ins Freie absaugen und zugleich einen Raum mit Frischluft beliefern.

Dadurch kann man das pädagogisch lästige Stoßlüften, das im Winter zu dem Erkältungen von Kindern und Lehrkräften begünstigt, vermeiden. Diese Filter sind außerdem nicht nur gegen Corona wirksam, sondern nützlich gegen Grippeviren und andere verunreinigte Luft.

Nach längerer Diskussion musste OB Neher zugestehen, dass das Thema direkt nach der Sommerpause behandelt wird, sowohl die Testmöglichkeiten wie auch die Luftfilter. Warum nicht gleich so?! Vielleicht hat die Verwaltung sich bis dahin über die Mainzer Vergleichsstudie vom 9. Juli sachkundig gemacht.

Allerdings sind Luftfilter auch nur ein technischer Ersatz für mehr Lehrkräfte, um die Lerngruppen zu teilen und sowohl den gesundheitlichen Schutz wie auch den Lernerfolg zu verstärken. Aber auch die neue Kultusministerin (Grüne) setzt die Mangelwirtschaft von Eisenmann (CDU) fort: Die Zahl der Studienplätze wird nicht erhöht, die gut ausgebildeten Referendare wie in den letzten Jahren in den unbezahlten Sommerurlaub mit Hartz-IV entlassen. **Dieses „Weiter so“ muss aufhören!**

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Millionäre fordern höhere Vermögenssteuer: Besteure mich jetzt - Tax me now

„Wer hat, der gibt“ - Kundgebung in Tübingen am 21. August

40 Millionärinnen und Millionäre aus der Schweiz, Österreich und Deutschland fordern in einer Petition an die Bundesregierung endlich eine höhere Besteuerung von ihren Kapitalerträgen, von Erbschaften, effektive Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenlasten.

Denn Corona habe wie ein Brandbeschleuniger für die wachsende soziale Spaltung zwischen Arm und Reich gewirkt, so der Millionenerbe der Schwarz Pharme AG Antonis Schwarz und gefährde damit unsere Demokratie. Unterschreiben dürfen diese Petition allerdings nur Personen, deren Nettovermögen mindestens eine Million Euro beträgt.

Mittlerweile besitzen 47 Hyperreiche über die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland, die obersten zehn Prozent über zwei Drittel des gesamten individuellen Nettovermögens: „Im Zeitraum 2008 bis 2014 hat die deutsche Politik in hohem Maße zur Vergrößerung der Armut beigetragen“, kritisierte die EU-Kommission schon 2017 die politisch Verantwortlichen. Zwei Millionen Bundesbürger konnten laut Statistischem Bundesamt 2019 ihre Wohnung nicht ausreichend beheizen, rund 300.000 Personen wurde der Strom abgedreht.

Aus diesen Gründen findet am 21. August ein bundesweiter Aktionstag unter dem Motto „Wer hat, der gibt“ eines breiten „Krisen – und Umverteilungsbündnisses“ statt. Kommt um 14 Uhr mit Trillerpfeifen, Plakaten usw. zum Tübinger Holzmarkt und zwingt die Regierenden zum Handeln!

„Wer hat, der gibt“: Kundgebung auf dem Holzmarkt Tübingen am 21. August um 14 Uhr

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Horst Schuh (CDU) säubert Rottenburg von Schlachthof-Kritikern

OB Neher versagt und begeht Indiskretion

Auf offiziellem Papier der CDU-Fraktion in Rottenburgs Gemeinderat schreibt Schuh an alle Gemeinderatsfraktionen und Teilnehmer des Arbeitskreises Schlachthof: „Nach einer solchen Indiskretion sehen wir uns von der CDU-Fraktion fast schon genötigt, die Kampagne ‚Raudeburg macht sauber!‘ auch auf diesen Personenkreis auszuweiten.“

Anlass für diese menschenverachtende Äußerung war die angebliche Indiskretion aus dem Arbeitskreis Schlachthof aus einer Sitzung am 5. Juli, zu der OB Neher, der Bauernverband und die Fleischerinnung sehr breit eingeladen hatten. Nirgendwo wurde vom OB oder den beiden Vereinigungen gesagt, dass die Sitzungen nichtöffentlich wären. Dafür gibt es in der Gemeindeordnung der Stadt keinerlei Grundlage und dies wäre bei diesem Teilnehmerkreis auch völlig unsinnig gewesen. Horst Schuh, der NICHT an dieser Sitzung teilnahm, spielte sich als Verteidiger der Verschwiegenheit auf!



CDU: Persönliche Diffamierungen

Schon letzten Sommer hatte OB Neher in einer Gemeinderatssitzung in der Festhalle als Versammlungsleiter versagt, als Horst Schuh völlig unabhängig vom Tagesordnungspunkt eine schriftlich vorbereitete Stellungnahme gegen Raidt vorlas, anschließend genauso Hermann Steur (SPD) eine Verve gegen Dr. Peter wegen angeblichem „Populismus“.

Schuhs unsägliches Schreiben steht in einer langen Tradition, gegen jegliche politische Opposition, jegliche kritische Frage vorzugehen. Schon als Ortsvorsteher von Baisingen wandte er sich dagegen, Stolpersteine vor den ehemaligen Häusern jüdischer Mitbürger am Ort ins Pflaster einbringen zu lassen, die Synagoge sei schon genug! In letzter Zeit war Schuh aktiv, im Hospitallausschuss und im Gemeinderat gegen die Entlastung des Hospitalverwalters Front zu machen und dessen

Ansehen nach 31 Berufsjahren zu beschädigen.

An den beiden aufeinander folgenden Sitzungen nahmen jeweils rund 30 Metzger und Bauern aus den Raumschaften Balingen, Rottenburg und Tübingen teil, die einzige Indiskretion beging OB Neher, der in diesen Versammlungen mögliche Standorte vorstellte, bevor sie im Gemeinderat diskutiert werden konnten.

OB Neher muss Schuh rügen!

Unabhängig von der Nicht-Öffentlichkeit ist diese Äußerung vom CDU-Fraktionsvorsitzenden ungeheuerlich und eher von der AfD zu erwarten. Deshalb fordert Volkmar Raidt (FAIR) zu Recht, dass OB Neher als Vorsitzender des Gemeinderats den CDU-Vorsitzenden öffentlich rügt und künftig gegen solche Äußerungen vorgeht. Das gehört zu seiner Pflicht als Oberbürgermeister.

Erschreckend ist auch, dass nicht nur OB Neher zu diesem verächtlichen Schreiben Schuhs schweigt, sondern auch von sämtlichen Mitgliedern des Gemeinderats bis auf die FAIR und DIE LINKE keinerlei Reaktion und Kritik an diesen Äußerungen erfolgte. Und das, obwohl Gemeinderäte erst kürzlich eine Mäßigung im Sprachgebrauch einforderten, sogar in ihren Rathaus-Runden. Sind jetzt alle anderen schon so abgestumpft durch Maaßen (CDU) und noch weiter rechts?



Jetzt zeigt sein Schrieb, dass die CDU noch immer nichts aus ihrer krachenden Niederlage beim Bürgerentscheid Galgenfeld gelernt hat, sondern mit persönlichen Diffamierungen vor der Bundestagswahl auf Stimmenfang gehen will. Außerdem glaubt sie irrigerweise, dass sie so kritische Positionen zu ihrer Schlachthof-Politik mundtot machen könnte. So hat Schuh schon die Schuldigen für ein mögliches Scheitern eines Schlachthofs in Rottenburg gefunden und fordert OB Neher auf,

„diesen Herrschaften klarzumachen, dass sie mit solchen Machenschaften dieses Projekt zum Scheitern bringen werden“.

Erst kürzlich berichtete die Rottenburger Post: (Laut Lukas Scheiger, Gesundheitsdezernent des Landratsamtes, könne der alte Schlachthof nach einer Sanierung aus Gründen von tierärztlichen Vorschriften weiter bestehen – entgegen den Behauptungen des Bürgermeister-Trios. Ein Kostenvergleich zwischen der Sanierung des alten Schlachthofs und einem möglichen Neubau steht bis heute aus, auch wenn OB Neher dies schon zehnmal ausgeführt haben will.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

Kreisrat

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Am Märchensee Die Geschichte vom Nupfen

Wenn man naturerfreut von der Feuerstelle zum Märchensee - Sie wissen, da oberhalb von Wendelsheim - über die Steine stolpert, denkt man an nichts Böses. Vielleicht sollte nicht gerade ein Felsbrocken sich lösen, aber sonst ein friedliches, vorsichtiges Gehen. Aber plötzlich ...

Hinter mir ein kaltes Fauchen. Zögernd bleibe ich stehen. Wage nicht mich umzudrehen. Ein Untier, gar ein Drache am Märchensee? - Quatsch! Es war ein deutliches Schnauben. Ich verstand WUUHAAN WUUHUHAAHN und nochmals WUUHAAN WUUHUHAAHN. Was tun? Einfach so tun, als ob ich nichts gehört hätte, stehen bleiben oder weglaufen? Nur Feiglinge haben Angst vor Drachen.

Ich drehe mich mit dem Mut eines Drachentöters und tapferem Blick um. Ein kleines Weiblein mit weißblonden Haaren und gekrümmter Nase, die sich deutlich unter einer schwarzen Maske abzeichnete, stand hinter mir, hielt aber 1,5 Meter Abstand. AHA dachte ich. Es stützte sich mit beiden altersfleckigen Händen auf einen Stock. Eigentlich wollte ich lachen, denn das drohende, dröhnende WUUHAAN WUUHUH-

AAHN, das unter der Maske hervorbrang, passte gar nicht zu der kleinen Hexe.

„Du Hänsel, Du hast Schnupfen.“ Verdutzt hielt ich die Luft an. Weshalb sagte sie zu mir „Hänsel“? Ich heiße doch gar nicht Hans - und Schnupfen habe ich auch nicht. Verwechselt sie mich mit dem Hänsel (und seiner Gretel) aus dem Knusperhäuschenmärchen?

„Ich habe keinen Schnupfen, in meiner Nase kribbelt nichts, kein Auge tränt, meine Stimme ist nicht belegt. Ich habe keinen Schnupfen!“

„Du hast einen bösen Nupfen.“ Sie bestand darauf. „Mein Durchblick hat Dich getestet: Deine Taschen sind ausgebeult und voller Päckchen mit Papiertaschentüchern. Wer so viele Taschentücher bei sich trägt, muss Nupfen haben. Das ist der Beweis. Keine Widerrede. Bürschen, Du gehst jetzt stande pete nach Hause, schließt die Türe hinter Dir. Du steckst niemand mit deinem Nupfen an.“ Stande pete verstand ich nicht, aber der Ton ließ darauf schließen, das es „plötzlich, sofort, unverzüglich“ heißen müsse. „Du bist eine Gefahr für Deine Mitmenschen.“ Ich ergriff stande pete die Flucht, hastet naturvergessen am Mär-

chensee vorbei. Keine Anzeichen von Schnupfen und trotzdem ansteckend und eine Gefahr? Ich ein Seuchenherd? Na, ja man muss nicht alles verstehen.

Bald werde ich in der Lokalpresse lesen müssen: Hätte der verschnupfte Spaziergänger einen Schal umgebunden, wäre er nicht zum Super-Spreader geworden. Das Ordnungsamt wird in Zukunft verschärft Schnupfenverdächtige ausfindig machen und sie observieren. Dabei sind sie auch auf die Mithilfe verantwortungsbewusster Bürger angewiesen. Nupfenfinder sollen mit einer Ehrenmedaille honoriert werden, koodiniert durch das Amt für bürgerliches Engagement und verliehen durch den OB.

Märchenerzähler sind keine an Verschwörungen glaubende Spinner. Sie wollen nur spannend unterhalten und gruselnd belehren - Jung wie Alt. Natürlich müssen sie sich an den Geist der Zeit anpassen, sonst werden sie noch unglaublich. Märchen tragen immer ein Körnchen Wahrheit in sich. Von wegen, es war einmal.

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

Infostand von DIE LINKE auf dem Metzelpfad in

Rottenburg: Samstag, 31.07.2021

Samstag, 11.09.2021

Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE

Rottenburg:

Wird noch bekannt gegeben

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**

facebook.com/solid-rottenburg-a.N.

E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Septemberausgabe: 05.09.2021



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung

Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,

72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75

72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg